

Einschätzung zur Aktionswoche des Bauernverbands im Kontext EU

13. Januar 2024, Brüssel

Am Montag läutete der Deutsche Bauernverband eine landwirtschaftliche Protestwoche ein. Seither wird viel darüber diskutiert, ob dieses Vorgehen gerechtfertigt ist. Hier sollte man sich die Fakten ansehen:

1. Höfesterben in Baden-Württemberg und Strukturwandel in Deutschland

Rückgang der Betriebe

Es ist Fakt, dass in jedem Sektor ein Rückgang zu verzeichnen ist: -8% bei schweinehaltenden Betrieben, -4% bei Milchvieh und -1% bei Rindern

Selbstversorgungsgrade sinken

Es ist Fakt, dass unsere Ernährungssicherheit durch politisch gemachte Hindernisse ins Schwanken gerät. In Baden-Württemberg liegen wir bei Schweinefleisch mit ca. 45% Selbstversorgungsrate bereits unter der kritischen Schwelle.

Strukturwandel in Deutschland beschleunigt sich

Es ist Fakt, dass sich die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland verringert hat. Von 258 700 Betrieben in 2022 auf 254 300 Betriebe in 2023. Ein prozentualer Rückgang um 1,7%.

2. Ungleiches Wettbewerbs auf europäischer Ebene, gemacht von der Bundesregierung

Die Europäische Union hat den Landwirtschaftssektor mit rund 58 Mrd. € im Jahr 2022 unterstützt. Für Deutschland bedeutet dies eine flächenbezogene Grundprämie in Höhe von 170 € je ha. Damit werden die deutschen Bauern im europäischen Vergleich keineswegs benachteiligt. Die Prämienhöhe ist nah am EU-Durchschnitt. Zusätzlich haben die Landwirte die Möglichkeit ihre Einkommenssituation durch betriebsindividuelle Umwelt- und Investitionsprogramme zu verbessern.

Unsere deutschen Bäuerinnen und Bauern leiden eher darunter, dass die von der Bundesregierung festgelegten deutschen Standards oft weit über die europäischen Vorgaben hinausgehen. Die Erfüllung dieser Standards wird auf einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt nicht vergütet und führt demzufolge zu Wettbewerbsverzerrungen und indirekten Einkommensverlusten.

Zum Beispiel wird der konkrete Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich geregelt. Während Deutschland den Einsatz von Neonikotinoiden verbietet, ist er im Nachbarland Polen nach wie vor erlaubt.

Nun noch zum viel besprochenen Agrardiesel. Deutsche Bauern greifen für ihren

Treibstoff bereits jetzt schon tiefer in die Tasche als einige anderen europäischen Kollegen. Zusätzlich dürfen Nachbarn, wie die Franzosen, einfach Heizöl in den Traktor tanken.

„Die höchsten Sätze bei der Agrardieselbesteuerung haben die Niederlande mit 50,4 Cent/Liter, die niedrigsten Sätze mit 0 Cent/Liter gibt es in Belgien und Luxemburg. Deutschland liegt mit 25,6 Cent/Liter im Mittelfeld der Belastung. In Frankreich sind es 37,7 Cent/Liter in Polen 36,8 Cent/Liter und in Italien nur 13,6 Cent/Liter, in Spanien 9,7 Cent/Liter und in Dänemark 6,95 Cent/Liter“, schreibt BW Agrar¹.

Hier sollte die Bundesregierung unsere Landwirte nicht weiter im europäischen Wettbewerb benachteiligen.

3. Öko-Regelungen

Es ist Fakt, dass Landwirtschaftsminister Özdemir die Prozentsätze für Öko-Regelungen auf 28% anheben will. Im Umkehrschluss heißt das, dass die Höhe der Basisprämie abgesenkt werden wird. Wieder einmal wählt Deutschland einen nationalen Alleingang in der EU und katapultiert sich in die agrarpolitische Isolation auf Kosten seiner Landwirte. Man muss sich auch noch einmal vor Augen führen: Die Anhebung von 25% auf 28% sind erstmal „nur“ 3%, bedeuten insgesamt rund 150,- Mio. Euro Wegfall an Unterstützung für die Landwirtschaft.

Mir ist dieses Vorgehen aus keinem anderen wichtigen europäischen Agrarland bekannt. Im Gegenteil möchte unser Nachbar Frankreich GLÖZ 8 Standard, also dem Mindestanteil von Ackerland, das nicht produktiven Flächen und Elementen gewidmet ist, ins Greening zurückführen - und das recht erfolgreich mit Unterstützung aus 11 weiteren EU-Mitgliedstaaten.

Fünf Punkte, die wir EVP auf EU-Ebene für die Landwirtschaft angegangen sind:

1. EINSATZ VON PFLANZENSCHUTZMITTELN GESICHERT - Landwirten von nicht umsetzbaren Verboten von Pflanzenschutzmitteln befreit
2. FINANZIELLE PLANUNGSSICHERHEIT - GAP-Budget gesichert und kleine und mittlere bäuerliche Familienbetriebe gestärkt
3. GESUNDER MENSCHENVERSTAND IM WALD - Holzbiomasse bleibt auf EU-Ebene erneuerbar
4. WEIDEHALTUNG GESCHÜTZT - Landwirtschaft und Bewohner des ländlichen Raums werden von der vorgeschlagenen Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfes profitieren
5. PRAGMATISMUS SETZT SICH DURCH - Franz Timmermanns flieht vor der Verantwortung seines politischen Scherbenhaufens, da er gemerkt hat, dass seine ideologiegetriebene Politik die EU spaltet.

¹ <https://www.bwagrar.de/markt/agrardiesel-soll-teurer-werden,QUIEPTc3ODIyMjQmTUIEPTE2Mjk0Mg.html>

Weitere Ausführung

Davon und dazu möchte ich drei Punkte noch einmal besonders beleuchten, auch im Bezug auf die Bundesregierung und die von den Ministern Lemke und Özdemir geführten Ministerien.

Zu 1. Einsatz von Glyphosat

Es ist Fakt, dass Glyphosat im November 2023 für weitere 10 Jahre zugelassen wurde. Unsere Landwirte brauchen Planungssicherheit und einen ausreichenden Werkzeugkasten zur Hand. Dafür ist eine 1:1-Umsetzung der Europäischen Entscheidung notwendig. Özdemir entscheidet sich dagegen für eine Not-Verordnung und damit eine Zulassung von Glyphosat bis zum 30.06.2024 - was machen unsere Landwirte danach?

Zu 4. Schutzstatuts des Wolfes

Nach jahrelangem Ringen und auf Druck der Christdemokraten hin konnte endlich der Schutzstatus des Wolfes von „streng geschützt“ auf „geschützt“ in der Berner Konvention geändert werden. Ich bin froh, dass die Kommission jetzt einen wichtigen Schritt getan hat, um der stark wachsenden Zahl von Nutztierschäden durch den Wolf etwas entgegenzusetzen. Die Kommission hat ihre Hausaufgaben gemacht, jetzt liegt es in den Händen der Mitgliedstaaten, dem Vorschlag zuzustimmen. Auf den ersten Blick eine gute Nachricht für unsere deutschen Bauern. Doch es bedarf eine Änderung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, in welcher der Schutzstatus des Wolfes auf europäischer Ebene geregelt ist.

Zur Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln („Sustainable Use Regulation – SUR“) und zum Gesetz zur Wiederherstellung der Natur („Nature Restoration Law – NRL“)

Es ist uns gelungen, übermäßige Regulierungen und Einschränkungen für die Landwirtschaft abzuwenden. Dies ist ein großer Erfolg für unsere heimischen Bauern.

Insbesondere haben wir erreicht, dass es keine Totalverbote von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten gibt. Damit bleibt den Landwirten die Flexibilität in der Bewirtschaftung erhalten. Für Umsetzbare und nachhaltige Gesetzesvorlagen müssen wir uns an den europäischen Vorreitern orientieren. Die Ablehnung des Gesetzesvorschlags zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, zeigt, dass Lösungen nur gemeinsam mit und nicht gegen die Landwirtschaft erarbeitet werden können.

Auch beim Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ist es uns gelungen, die elementarsten Punkte zu entschärfen. Wir konnten verhindern, dass starre Vorgaben von 10% Landschaftselementen gemacht werden. Auch beim Verschlechterungsverbot gab es eine maßvolle Lösung. Es gilt nicht automatisch wie bei der FFH-Richtlinie, sondern muss im Einzelfall geprüft werden. Das ist vernünftig.

Die Neuvermessung der landwirtschaftlichen Flächen bleibt auf freiwilliger Basis. Das ist wichtig, denn eine erzwungene Neuvermessung hätte hohen bürokratischen Aufwand bedeutet.

Alles in allem haben wir als EVP-Fraktion mit Augenmaß und Sachverstand agiert. Wir haben überbordende Regulierungen verhindert und gleichzeitig die Interessen von Landwirtschaft und Umweltschutz in Einklang gebracht. Das war solide Arbeit im Sinne unserer heimischen Landwirte in Deutschland.